Sachverhalt:

Der Marktgemeinderat hat in seiner Sitzung am 20.01.2020 beschlossen, für das Grundstück Fl.Nr. 681/9 Gmkg. Cadolzburg einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 „Freiflächenphotovoltaikanlage Cadolzburg Süd-West“ aufzustellen, sowie die 33. Änderung des Flächennutzungsplaners im Parallelverfahren beschlossen. Der Bebauungsplan soll nun die Bezeichnung Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ führen.

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit wurde gemäß § 3 Abs. 1 BauGB vom 17.02.2020 bis 11.03.2020, sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden bis zum 11.03.2020 durchgeführt. Die Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB fand vom 20.04.2020 bis einschließlich 12.06.2020 statt. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die benachbarten Gemeinden wurden gemäß § 4 Abs. 1 bzw. § 2 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Die eingegangenen Stellungnahmen, Anregungen und Einwände wurden in der Sitzung des Marktgemeinderates am 22.06.2020 behandelt.

Aufgrund von Einwendungen und Äußerungen von TÖB zur Eingriffsregelung und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmenplanung wurde der Bebauungsplanentwurf in Details geändert bzw. ergänzt. Deshalb wurden die davon betroffenen TÖB gem. § 4a Abs. 3 BauGB über die Änderungen / Ergänzungen informiert und ihnen **erneut bis 15.07.2020 die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben.**

Der Durchführungsvertrag wurde am 30.07.2020 unterzeichnet. Die entsprechende Dienstbarkeitsurkunde für die Flächen des naturschutzrechtlichen Ausgleichs liegt dem Markt Cadolzburg vor.

Im Folgenden sind die Einwendungen und planerischen Stellungnahmen aus der vorgezogenen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB in schwarz,
die aus der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung zum Entwurf gem. § 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in blau geschrieben
die während der erneuten beschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB vorgebrachten Einwände sind grün geschrieben.

Die eingegangenen Stellungnahmen, Anregungen und Einwände werden im Folgenden im Rahmen der Abwägung behandelt:

Lfd. Nr.	Behörde Träger	Schreiben vom...	Hinweise und Einwendungen	Stellungnahme zur Abwägung
1	Regierung von Mittelfranken	18.02.20	<p>Die Regierung von Mittelfranken nimmt als höhere Landesplanungsbehörde anhand der von ihr in dieser Eigenschaft ausschließlich zu vertretenden überörtlich raumbedeutsamen Belangen der Raumordnung und Landesplanung zum o.a. Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Im Markt Cadolzburg soll der Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ für eine Freiflächenphotovoltaikanlage aufgestellt und ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage festgesetzt werden. Der Geltungsbereich umfasst ca. 8,5 ha. Die Fläche ist bislang unbeplant und wird landschaftlich genutzt.</p>	
			<p>Im Parallelverfahren wird der wirksame Flächennutzungsplan entsprechend geändert.</p> <p>Einschlägige Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung: LEP 6.2.1 Ausbau und Nutzung erneuerbarer Energien (Z) Erneuerbare Energien sind verstärkt zu erschließen und zu nutzen. LEP 6.2.3 Photovoltaik (G) Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. RP7 6.2.2.1 Sonnenenergie (Z) Die Möglichkeiten der direkten und indirekten Sonnenenergienutzung sollen innerhalb der gesamten Region verstärkt genutzt werden.</p> <p>Bewertung aus landesplanerischer Sicht:</p> <p>Das Vorhaben entspricht Ziel 6.2.1 LEP Bayern und Ziel 6.2.2.1 RP7 wonach erneuerbare Energien, insbesondere auch der Sonnenenergie, verstärkt zu erschließen und zu nutzen sind. Gemäß Grundsatz 6.2.3. LEP Bayern sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglichst auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. Das Plangebiet liegt in Nachbarschaft zu einer 380 kV-Stromleitung und in der Nähe des Hauptortes Cadolzburg, so dass der Standort insgesamt als vorbelastet angesehen werden kann.</p> <p>Es sollten jedoch wirksame Maßnahmen zur Eingrünung in Abstimmung mit den zuständigen Fachstellen für Naturschutz und Land-</p>	<p>Die höhere Landesplanungsbehörde an der Regierung von Mittelfranken bestätigt sowohl die Konformität der vorgesehenen Maßnahme mit den Zielen der Landesplanung, als auch die Vorbelastung der Grundstücksfläche durch die Nähe zur 380-kV-Leitung.</p> <p>Die grünordnerischen Maßnahmen wurden mit der Untere Naturschutzbehörde abgestimmt.</p>

		<p>schaftspflege vorgesehen werden.</p> <p>Darüber hinaus wird in Hinblick auf die im Südwesten, südlich des Ortsteils Zautendorf liegende Start- und Landefläche für Ultraleichtflugzeuge und dem dortigen Modellflugplatz, eine Abstimmung mit dem Luftamt Nordbayern empfohlen.</p> <p>Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden bei Beachtung dieser Hinweise nicht erhoben.</p> <p>Hinweise der Höheren Naturschutzbehörde der Regierung Mittelfranken:</p> <p>Die Heranziehung der Bayerischen Kompensationsverordnung (BayKompV) zur Eingriffsermittlung ist im vorliegenden Fall einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage nicht zulässig und würde bei Beibehaltung dieser Berechnungsgrundlage zu einer Verbotswidrigkeit des Bebauungsplans führen. Im Schreiben der Obersten Baubehörde (IMS vom 18.11.2009, IIB5-4112.79-037/09) ist in Kap. 1.3 geregelt, wie die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung hier zu handhaben ist. Im „Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ (Bayer. Landesamt für Umwelt, Jan. 2015) wird in Kap. 2.4.2 die Eingriffsregelung für diese Art der Anlagen ebenfalls beschrieben.</p> <p>Mit Mail von 05.02.2020 an das Landratsamt Fürth geht das Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz explizit auf die vorliegende Berechnungsart für dieses Bauleitplanverfahren ein und weist darauf hin, dass diese Berechnung eine fehlerhafte Anwendung der Eingriffsregelung darstellt.</p> <p>Die Bearbeitung und Berücksichtigung des besonderen Artenschutzes wurde im vorliegenden Fall ausschließlich auf der Grundlage der Artenschutzkartierung-Datenbank (ASK) durchgeführt und ist eine fundierte Beurteilung, ob und in welchem Umfang die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG erfüllt sind, nicht geeignet. Aufgrund von fehlenden Fundpunkten in dieser Datensammlung kann nicht automatisch auf die Abwesenheit der jeweiligen Arten im entsprechenden Eingriffsraum geschlossen werden. Insofern ist die vorliegende „spezielle“ artenschutzrechtliche Prüfung (saP) inakzeptabel und zu überarbeiten, wobei sich das Vorgehen grundsätzlich an den Hinweisen zur Erarbeitung naturschutzfachli-</p>	<p>Die Empfehlung wird aufgenommen und das Luftamt Nordbayern im Zuge der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB einbezogen.</p> <p>Die Durchführung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung mittels der BayKompV wurde vorab mit der Unteren Naturschutzbehörde am LRA Fürth abgestimmt. Hier gibt es bei der Höheren Naturschutzbehörde an der Regierung von Mittelfranken eine andere Rechtsauffassung. Die UNB hält auch nach behördeninternem Meinungsaustausch an ihrer Rechtsauffassung fest, rät aber aus „arbeitsökonomischen“ Gründen, den Einschätzungen der Höheren Naturschutzbehörde zu folgen. Deshalb wurde die Eingriffsregelung nun nach dem „Leitfaden“ durchgeführt. Damit wird dieser Einwand berücksichtigt und ausgeräumt.</p> <p>Der Einwand, dass die vorgenommene artenschutzrechtliche Prüfung im vorgelegten Umfang nicht ausreichend und vertieft durch einen Biologen durchzuführen sei wurde berücksichtigt. Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde mittlerweile bereits durch den auf Freiflächen-Photovoltaikanlagen spezialisierten Biologen Herrn Dr. Schlumprecht in einem „worst-case“-Szenario durchgeführt und in die Entwurfsfassung aufgenommen.</p>
--	--	---	--

			<p>cher Angaben zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung in der Straßenplanung und der Internet-Arbeitshilfe des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (2914) orientiert, jedoch hinsichtlich der Untersuchungstiefe und des Untersuchungsumfangs den projektspezifischen Anforderungen angepasst wird.</p> <p>Dabei sind u.a. zur Feststellung eventuell von dem Vorhaben betroffener saP-relevanter Tierarten, hier insbesondere von bodenbrütenden Vogelarten, vor Ort mehrere Begehungen im fachlich sinnvollen Zeitraum von einem versierten Biologen durchzuführen.</p>	
--	--	--	---	--

			<p>Beschluss: Die Höhere Landesplanungsstelle an der Regierung von Mittelfranken erhebt keine Einwendungen. Die Hinweise zur Durchführung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen sowie der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung wurden bereits aufgenommen und in der vorliegenden Entwurfsfassung umgesetzt. Damit sind keine weiteren Änderungen an der Planung veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 9 / Nein: 4 / Anwesend: 13 / persönlich beteiligt:</p>	
zu 1	Regierung von Mittelfranken H. von Dobschütz	19.05.20	Die Regierung von Mittelfranken nimmt als höhere Landesplanungsbehörde anhand der von ihr in dieser Eigenschaft ausschließlich zu vertretenden überörtlich raumbedeutsamen Belangen der Raumordnung und Landesplanung zum o.a. Entwurf wie folgt Stellung:	Es bestehen seitens der Regierung von Mittelfranken keine Einwendungen, sofern nachfolgende Hinweise beachtet werden. Die bei der frühzeitigen Behördenbeteiligung genannten Hinweise wurden berücksichtigt:

		<p>Im Markt Cadolzburg soll der Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ für eine Freiflächenphotovoltaikanlage aufgestellt und ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage festgesetzt werden. Der Geltungsbereich umfasst ca. 8,5 ha. Die Fläche ist bislang unbeplant und wird landschaftlich genutzt. Im Parallelverfahren wird der wirksame Flächennutzungsplan entsprechend geändert.</p> <p>Das Vorhaben wurde im Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB bereits beurteilt (vgl. RMF-SG24-8314.01-94-11-2 vom 18.02.2020). Die Stellungnahme wird aufrechterhalten. Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden bei Beachtung der übermittelten Hinweise weiterhin nicht erhoben:</p> <p><u>Hinweise der Höheren Naturschutzbehörde der Regierung von Mittelfranken:</u></p> <p>Im weiteren Verfahren sind bzgl. der Eingriffsreglung im Planteil die externen Ausgleichsflächen darzustellen und festzusetzen sowie im Umweltbericht zu beschreiben.</p> <p>Entsprechendes gilt auch für die sich aus der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) ergebenden Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionen (saP, Kap. 3) („Maßnahmen zur Konfliktvermeidung, die dazu bestimmt sind, Verstöße gegen artenschutzrechtliche Verbotsbestimmungen beim Vollzug eines Bebauungsplans vorbeugend zu verhindern, müssen zu ihrer Rechtswirksamkeit im Bebauungsplan dargestellt und festgesetzt werden – Bayer. VGH, Urteil v. 30.03.2010, Az. 8 N 09.1861-1868, 8 N 09.1870-1875).</p> <p>Zu Kap. 2.10.4 Umweltbericht: Für den Verlust von sechs Brutrevieren der Feldlerche sind entsprechend der Maßnahmenliste für CEF-Maßnahmen (vgl. saP Kap. 3.2) Flächen in der Größenordnung von 6x mind. 2.000 m² herzurichten. Diese Liste stellt eine abschließende Auswahl dar. Eine geplante Herstellung von extensiven „Rasenflächen“ ist aus artenschutzfachlicher Sicht nicht akzeptabel.</p>	<p>a) Das Luftamt Nordbayern wurde im Zuge der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB einbezogen. b) Die Eingriffsermittlung wurde nach dem „Leitfaden“ durchgeführt. c) Es wurde durch einen Dipl.biologen eine saP erstellt.</p> <p>Zu den neuen Hinweisen:</p> <p>Durch den Wechsel der Berechnungsmethode (Leitfaden statt BayKompV) zwischen Vorentwurf und Entwurf konnten die externen Ausgleichsflächen rein zeitlich nicht so schnell gesichert werden, dass diese auf dem Planblatt des B-Plans dargestellt werden konnten. Deshalb wurde ein gesonderter Maßnahmenplan während der Auslegung (mit Terminverlängerung) nachgesandt. Dies wird jetzt redaktionell nachgetragen.</p> <p>Die Art der Gestaltung der Ersatzlerchenfenster wurde in einem Ortstermin mit der UNB und dem Landwirt (Grundstückseigentümer der gepachteten externen Ausgleichsfläche) festgelegt. Der Vorzug einer extensiven Wiesenfläche vor einer Wechselbrache ist wie folgt begründet:</p> <p>a) Rücksichtnahme auf benachbarte Ackernutzung bezüglich erhöhtem Aufkommen von Samenunkräutern b) auch bisher (Eingriffsfläche) nutzten die Lerchenpopulationen grünlandähnliche Strukturen (Luzernefeld)</p>
--	--	---	---

		<p>Zu Kap. 2.10.1 Umweltbericht: Die Begründung zur Anwendung des reduzierten Kompensationsfaktor von 0,1 kann aus nachfolgenden Gründen nicht nachvollzogen werden:</p> <p>1. Laut „Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ (LfU, Jan. 2014, Kap. 2.4.2) kann eine Reduzierung des Faktors auf 0,1 erfolgen, wenn ein umfassendes Minimierungskonzept erstellt wird, in dem u.a. standortgemäßes, autochthones Saat- und Pflanzgut zur Verwendung kommt <u>sowie</u> Neuanlagen von Biotoperelementen (z.B. Lesesteinhaufen, Kleingewässer) erstellt werden <u>in Verbindung</u> mit einer <u>sinnvollen</u> Biotopvernetzung zur umgebenden Landschaft. Die beiden letzten Punkte sind in der vorliegenden Planung nicht zu erkennen. Zudem gewährleistet eine nur einreihige lückige Heckenpflanzung keine gute Einbindung in Natur und Landschaft.</p> <p>2. Da in der vorliegenden Planung die eng gestellten Modulreihen in Ost-West-Ausrichtung erstellt werden sollen, werden die darunter und dazwischen liegenden Flächen fast vollständig von den Modulen beschattet. Damit ist eine optimale Entwicklung dieser Abstandsflächen zu besonnten, ökologisch hochwertigen Magerrasenflächen nur eingeschränkt möglich (vgl. o.g. Leitfaden, Kap. 2.4.2) und rechtfertigt zusätzlich keine Reduzierung des Kompensationsfaktors. Die enge Stellung der Modulreihen wird aus ökonomischen Gründen mit der optimalen Ausbeute der Sonnenenergie und zur Gewährleistung eines geringstmöglichen Flächenverbrauchs begründet (vgl. Begründungstext Kap. 2.1)</p> <p>Zu Kap. 2.9 Umweltbericht: Der hier verwendete Begriff „Neuanlage von Lerchenfenstern“ ist missverständlich. Es sind die in der saP aufgeführten Maßnahmen-Varianten wahlweise anzuwenden.</p> <p>In den textlichen Festsetzungen fehlt bei Nr. 3.3 der Hinweis, dass ausschließlich autochthones Pflanzgut gem. § 40 BNatSchG zu</p>	<p>c) wie beim Ortstermin eindrucksvoll beobachtet nutzen die Lerchen auch Extensivgrünland, selbst auf relativ schmalen Streifen.</p> <p>Die Reduzierung des Kompensationsfaktors begründet sich wie folgt und ist m.E. angemessen.</p> <p>a) Die Eingriffsminimierung findet statt durch eine rein naturschutzfachlich ausgerichtete Entwicklung und Pflege der Nebenflächen. Mit der Zugänglichkeit für Kleintiere durch die Bodenfreiheit des Zauns wird eine „Wildapotheke“ in einer Ausdehnung (ca. 3,76 ha) geschaffen, die in der Gemarkung ihres Gleichen sucht. In Hinblick auf die in den benachbarten Gehölzstrukturen festgestellten Rebhühner stellen diese Flächen über Jahrzehnte hinweg geradezu ein „Rebhühnoptimierungsprogramm“ dar.</p> <p>b) In Hinblick auf das Gebot zum schonenden Landverbrauch wurde selbstverständlich auf einen möglichst sparsamen Umgang mit landwirtschaftlichen Erzeugungsflächen geachtet, zumal sich aus den Bestandsstrukturen heraus keine zusätzlichen Biotoperelemente aufdrängen.</p> <p>c) Die schmalen Strauch- und Altgrasstrukturen entlang der Anlageneinfriedung wirken zugleich sehr wohl als Biotopvernetzungsstruktur.</p> <p>d) Die Bedenken bezüglich einer eingeschränkten Besonnung werden nicht geteilt. Zum einen reicht das im Tagesverlauf wandernde Sonnenlicht sowie das Streulicht sehr gut für blütenreiche Extensivwiesen aus diesen Bestandsanlagen auch im Landkreis Fürth belegen. Im Übrigen gilt der Grundsatz der Ökologie, wonach jegliche Fläche, jegliches Habitat durch Pflanzen- und Tierarten als Lebensraum benutzt werden.</p> <p>Der Begriff wird durch „Anlage und Entwicklung von Blühstreifen“ ersetzt.</p> <p>Da die Verwendung autochthonen Pflanz- und Saatguts</p>
--	--	---	--

			<p>verwenden ist.</p> <p>Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass die im Vorfeld vertretene Meinung der höheren Naturschutzbehörde zur Nicht-Anwendbarkeit der Bayerischen Kompensationsverordnung (BayKompV) im Rahmen der Eingriffsermittlung bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen ebenso vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) geteilt wird. Diese Auffassung wurde von Seiten des Ministeriums mit Mail vom 05.02.2020 der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde mitgeteilt.</p>	<p>seit März 2020 gesetzlich festgelegt ist, benötigt es keiner „Doppelfestsetzung“.</p> <p>Aus diesem Grund erfolgte die Neuberechnung der Eingriffsreglung.</p>
			<p>Beschluss: Die Höhere Landesplanungsstelle an der Regierung von Mittelfranken erhebt keine Einwendungen. Die Hinweise zur Durchführung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen sowie der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung wurden bereits aufgenommen und in der vorliegenden Entwurfsfassung umgesetzt. Die vorgenannten zusätzlich geäußerten Hinweise werden gemäß den Stellungnahmen des Planers berücksichtigt und die Planunterlagen angepasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 16 / Nein: 5 / Anwesend: 22 / persönlich beteiligt: 1</p>	
zu 1	Regierung von Mittelfranken H. von Dobschütz	09.07.20	<p>Die Regierung von Mittelfranken nimmt als höhere Landesplanungsbehörde anhand der von ihr in dieser Eigenschaft ausschließlich zu vertretenden überörtlich raumbedeutsamen Belangen der Raumordnung und Landesplanung zum o.a. Entwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Im Markt Cadolzburg soll der Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ für eine Freiflächenphotovoltaikanlage aufgestellt und ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung Photovoltaik-Freiflächenanlage festgesetzt werden. Der Geltungsbereich umfasst ca. 8,5 ha. Die Fläche ist bislang unbeplant und wird landschaftlich genutzt. Im Parallelverfahren wird der wirksame Flächennutzungsplan entsprechend geändert.</p> <p>Das Vorhaben wurde im Verfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB bereits beurteilt (vgl. RMF-SG24-8314.01-94-11-2 vom 18.02.2020 und RMF-SG24-8314.01-94-11-4 vom 19.05.2020).</p> <p>Einwendungen aus landesplanerischer Sicht werden weiterhin nicht erhoben:</p>	<p>Es bestehen seitens der Regierung von Mittelfranken keine Einwendungen.</p>

			unter besonderer Berücksichtigung des Praxis- Leitfadens für die ökologische Gestaltung von PV- Flächenanlagen erscheint deshalb arbeitsökonomisch effektiver zu sein.	
			<p>Beschluss: Die Hinweise zur Durchführung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelungen sowie der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung und weiteren Detailpunkten wurden bereits aufgenommen und in der vorliegenden Entwurfsfassung umgesetzt. Damit sind keine weiteren Änderungen an der Planung veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 8 / Nein: 5 / Anwesend: 13 / persönlich beteiligt: 0</p>	
zu 2	Landratsamt Fürth Herr OR Thirmeyer	12.06.20	<p>Abteilung 4 – SG 42 – Untere Naturschutzbehörde: Eine Rücksprache mit dem Planer klappte nicht. Die Begründung im Textteil entspricht nicht dem Ausgleichsflächenplan, des Weiteren unklare Angaben.</p> <p>Der Solarpark ist auf Flurnummer 681/9 Gmkg. Steinbach geplant. Die Eingrünung ist mit einer einreihigen Hecke und Grünfläche nicht als Ausgleich zu werten. Daher ist ein Ausgleich auf anderer Fläche geplant.</p> <p>Der im „Ausgleichsplan“ beschriebene Ausgleich Flurnummer 1000 Gmkg. Steinbach ist als Ausgleich für das Vorhaben auf der Fläche des Solarparks und offensichtlich soll hier auch die CEF-Maßnahme für die Feldlerchen durchgeführt werden (unklar!). Die Flächen stehen in räumlicher Nähe. Bei der Anlage und Entwicklung der Ausgleichsfläche sind die Angaben unklar. <u>Mit dem Gutachten zur saP besteht Einverständnis.</u></p> <p>Die Ausgleichsfläche ist 5,273 ha groß, soll offensichtlich teils von Acker in Dauergrünland umgewandelt werden. Lerchenfenster sind bei Ackernutzung möglich, nicht im Grünland! Als CEF ist im Gutachten zur saP die Anlage von Blühstreifen oder Extensivgrünland benannt. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist die Anlage von Dauergrünland (mit gebietsheimischem Saatgut) vorzuziehen. Für die 6 Feldlerchenbrutplätze wären das 12.000 m² als CEF, was bedeutet, dass diese im Vorfeld angelegt sein müssen (entsprechende Breite beachten). Eine Möglichkeit wäre: Das entstehende Grünland ist ohne Düngung</p>	<p>Sehr bedauerlich, zumal ich per Email und Handy nahezu rund um die Uhr erreichbar bin. Grünordnungsmaßnahmen, Eingriffsregelung und Ausgleichsmaßnahmen wurden in enger Abstimmung mit Herrn Lessmann, zuletzt mit Ortstermin am 06.05.2020 ausgearbeitet. Ich unterstelle, dass sich die beschriebenen „Unklarheiten“ wegen seines Urlaubs und die kurzfristig erforderliche Einbindung eines Kollegen erklären.</p> <p>Zur Klarstellung des Konzepts:</p> <p>a) Die Eingrünung mit Einzelsträuchern und Altgrasstreifen ist nicht als Ausgleich angesetzt. Der Ausgleich erfolgt ausschließlich auf einer externen Fläche. b) Die CEF-Maßnahmen ergeben einen größeren Flächenbedarf als die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen. Beide können sich überlagern. Maßgebend ist der größere Flächenanspruch aus den Lerchenfenstern (6x 2.000 m²). c) Gemäß saP sollen auf der Fl.Nr. 1000 Gmkg. Steinbach Blühstreifen angelegt und entwickelt werden. Aus Rücksichtnahme auf die angrenzende Ackernutzung hinsichtlich von erhöhtem Aufkommen von Samenunkräutern wurde beim o.g. Ortstermin und auch in Übereinstimmung mit der saP die Ansaat einer extensiven Kräuter-Grasmischung festgelegt. Es lag gerade im Interesse des Grundstückseigentümers der</p>

			<p>und Pflanzenschutzmitteleinsatz zu bewirtschaften. Auf der Fläche gilt ein Walzverbot. Schnittzeitpunkt ab 01.07., Mähgut von der Fläche räumen. Mulchverbot. Monitoring.</p> <p>Als Ausgleich auch teilweise Blühstreifen möglich. Bitte genaue Angabe WO, WIE groß, Gebietsheimische Saatgut, 5jähriger Bestand, Mulchverbot während der 5 Jahre usw.</p> <p>Im Plan ist festzulegen, welche Flächen für den Ausgleich und welche Flächen für den Artenschutz zur Verfügung stehen., mit Angabe der Flächengröße.</p> <p>Die in der Begründung zum Solarpark unter 2.9 spezielle artenschutzrechtliche Prüfung genannten Lerchenfenster sind im Gutachten zur saP von Herrn Schlumprecht gar nicht als CEF erwähnt !</p> <p>Bau- und Erschließungsmaßnahmen müssen außerhalb der Vogelbrutzeit (März bis August) stattfinden. Ansonsten muss entsprechend dem Gutachten zur saP verfahren werden (Schwarzbrache).</p>	<p>Ausgleichsfläche, Blühstreifen innerhalb der intensiv genutzten Feldflur anzulegen, um so Lebensraum für Nützlinge zu schaffen und den natürlichen Pflanzschutz zu unterstützen, jedoch keine Umwandlung von Acker zu Dauergrünland. Deshalb ist die Lage der Blühstreifen auf jeweils max. 5 Jahre begrenzt und wandert gem. Ausgleichsmaßnahmenplan innerhalb dieser Flurnummer.</p> <p>d) Die Mähzeitpunkte, das Abräumen des Schnittguts, das Mulchverbot, der Verzicht auf Düngung und Pestizide sowie zum Ausführungszeitpunkt und Monitoring sind auf dem Ausgleichsmaßnahmenplan explizit beschrieben und festgesetzt.</p> <p>e) Zu Pkt. 2.9 der Begründung: Der Begriff „Lerchenfenster“ wurde nicht wortwörtlich gemeint, sondern gewissermaßen als maßliche Ausgleichseinheit.</p>
			<p>Beschluss: Die genannten Unklarheiten der Unteren Naturschutzbehörde wurden bereinigt. Damit sind keine weiteren Änderungen an der Planung veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 16 / Nein: 5 / Anwesend: 22 / persönlich beteiligt: 1</p>	
zu 2	Landratsamt Fürth Herr Sommerhäuser	14.07.20	<p>Abteilung 4 – SG 42 – Untere Naturschutzbehörde: Die Planung ist abzulehnen, weil der Ausgleich fachlich falsch und so nicht nachvollziehbar ist. Trotz Nachbesserung vom 14.07.2020 von Herrn Ellinger ist der Ausgleich so nicht durchzuführen. Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts muss mit dem Ausgleich ausreichend berücksichtigt werden.</p> <p><u>Möglichkeiten der Überwindung:</u> Bei der Planung ist bereits mit der Kompensation von 0,1 (statt 0,2) ein Entgegenkommen erfolgt. Nachdem die Beschreibung des Ausgleichs trotz telefonischer Abstimmung weiter fehlerhaft ist, wird ein</p>	<p>Das Ausgleichs- und Entwicklungskonzept wurde aus folgenden Gründen in der vorliegenden Form erstellt:</p> <p>Gemäß saP sollten auf der Fl.Nr. 1000 Gmkg. Steinbach Blühstreifen angelegt und entwickelt werden. Aus Rücksichtnahme auf die angrenzende Acker- nutzung hinsichtlich erhöhten Aufkommens von unerwünschten Samenunkräutern wurde bei einem Orts- termin mit der Landwirtin, den Anlagenbetreibern und Herrn Lessmann / UNB und auch in Übereinstimmung mit der saP die Ansaat einer extensiven Kräuter-Gras- mischung festgelegt.</p>

		<p>Termin im August vor Ort an der vorgeschlagenen Ausgleichsfläche zur Abstimmung der Maßnahmen angeboten. Der Ausgleich muss als Blühstreifen ODER Extensivgrünland festgelegt und zeitlich definiert werden.</p> <p>Flächen für Ausgleichsmaßnahmen, die weder im Besitz der Kommune noch des Eingriffsverursachers sind, sind mit Grundbucheintrag für die Dauer des Eingriffs zu sichern. Die Grunddienstbarkeit hat die im Bebauungsplan festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen zu umfassen.</p> <p>Mit Email vom 14.07.2020 hat Frau Nitsche / UNB ihre Stellungnahme ergänzt:</p> <p>Der Plan ist verbessert worden um die Größenangaben der Flächen. Allerdings gibt es unverändert Fragen beim Entwicklungskonzept. Ich verstehe immer noch nicht, ob Sie wie im Gutachten zur saP Blühstreifen oder Extensivgrünland anlegen wollen. Die Beschreibungen vermischen hier die beiden Varianten.</p> <p>Eine Aussage, wann die Fläche angelegt werden soll fehlt.</p> <p>Variante Extensivgrünland: Grünland entsteht erst einige Jahre nach der Grünlandeinsaat und bleibt auf einer Fläche erhalten! Über 5 Jahre hinaus! Extensivgrünland ist DAUERgrünland. Diese würde gemäht werden.</p> <p>Variante Blühstreifen: Blühstreifen kann man temporär für ein bis fünf Jahre anlegen. Diese können auf einer Fläche wandern. Blühstreifen vergrasen nach einiger Zeit und sind daher immer wieder neu anzulegen. Blühstreifen sind eine Ackernutzung – kein Grünland! Blühstreifen mäht man meist gar nicht oder bei längerer Anlage alle 2 Jahre. Hier wäre eine Abfuhr des Mähguts sinnvoll.</p> <p>Wenn eine Person die Umsetzung der Ausgleichsfläche prüft, wohin geht die Meldung und Dokumentation?</p> <p>Um die Planung zu genehmigen schlag ich einen Termin vor Ort im August vor, an dem auch Herr Hesselbach von der Regierung</p>	<p>Zugleich will die Grundstückseignerin allerdings keinen Verlust des Ackerstatus riskieren, da mit ihm ein Grundstückswertverlust verbunden ist.</p> <p>Deshalb soll das blütenreiche Grünland nach spätestens vier bis fünf Jahren innerhalb des Flurstücks wandern.</p> <p>Dieser naturschutzfachlich sicherlich nicht ganz einwandfreie Spagat erfolgte also zum einen aus Rücksichtnahme auf die Wünsche der Landwirtin und deren Nachbarn und im Streben, diese lagemäßig und strukturell optimale Ausgleichsfläche zu gewinnen.</p> <p>Nachdem in einer Studie aus 2019 in 75 Freiflächen-PV-Anlagen regelmäßig Brutreviere der Feldlerche nachgewiesen wurden, erschien diese Lösung auch artenschutzfachlich unbedenklich.</p> <p>Urlaubsbedingt erfolgte der fachliche Austausch nun nicht mit Frau Nitsche, sondern direkt mit Herrn Hesselbach / Höhere Naturschutzbehörde an der Regierung von Mittelfranken. Da die Zeit drängt, fand am 23.07.2020 auf der Ausgleichsfläche ein Ortstermin mit Herrn Hesselbach, den Herren Ooppel jun. und sen. sowie H. Ellinger statt:</p> <p>Herr Hesselbach legte dabei eine Richtlinie zum artenschutzrechtlichen Ausgleich bei Verlust von Feldlerchenrevieren vor, die am 24.07.2018 an sämtliche UNBs versandt, aber nicht öffentlich zugänglich wurde. Demnach ist Extensivgrünland definitiv als Ausgleichsfläche für Feldlerchen ausgeschlossen.</p> <p>Herr Dr. Schlumprecht berief sich in seiner saP zwar auf dieses Papier, ergänzte die Variante „Extensivgrünland“ allerdings eigenmächtig (H. Hesselbach).</p> <p>Auch von der UNB wurde dieses Regularium nicht kommuniziert (siehe linke Spalte).</p> <p>Deshalb wurde vor Ort festgelegt, die Ausgleichsfläche auf einer Flächenhälfte durch Blühstreifen aus einer Ansaat mit spezieller und autochthoner Saatgutmischung (100 % Kräuteranteil), auf der anderen Hälfte durch</p>
--	--	---	--

			<p>um bei zukünftigen Planungen darauf zurückgreifen zu können.</p> <p>Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass lt. Auskunft von Eigentümern östlich angrenzender Grundstücke Drainageleitungen durch die überplante Fläche zur Entwässerung der östlich des Plangebietes liegenden Felder laufen. Diese sind während und nach der Bauphase dringend in ihrer Funktion zu erhalten, damit die landwirtschaftliche Nutzung der Felder nicht zusätzlich eingeschränkt wird.</p> <p>Auf der benachbarten Fl.Nr. 1400, Gmkg. Cadolzburg, wurde in südwestlicher Ecke ein Brunnen errichtet. Dieser dient zur Bewässerung der landwirtschaftlichen Kulturen des nach Kriterien des ökologischen Landbaues wirtschaftenden Betriebes. Es ist sicherzustellen, dass durch die Begrünung und die Pflegemaßnahmen jede Art von schädlichem Eintrag in die Brunnenanlage und die landwirtschaftlich bewirtschaftete Nachbarfläche (z.B. Samenflug von Unkräutern) wirksam verhindert wird.</p> <p>Bereich Forsten: Waldflächen i.S.d. §2 Bundeswaldgesetz (BWaldG) i.V.m. Art. 2 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) sind durch die o.g. Planung nicht betroffen. Aus forstlicher Sicht bestehen daher gegen die aktuelle Planung keine Einwendungen. Sollte im Rahmen der weiteren Planung Ausgleichsmaßnahmen im Wald vorgesehen werden, bitten wir darum, diese mit uns abzusprechen.</p>	<p>Die Drainagesauger, die durch die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Stromleitungsgräben unterbrochen werden, werden mit einem durch den Maßnahmen-träger zu erstellenden Drainagesammler neu angeschlossen. Die Funktion des bestehenden Drainagesystems bleibt erhalten.</p> <p>Aufgrund der naturnahen Flächengestaltung und -pflege sowie der schadstoffemissionsfreien PV-Anlage ist eine nachteilige Wirkung auf den Brunnen ausgeschlossen.</p>
			<p>Beschluss: Die Hinweise des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth wurden zur Kenntnis genommen, geprüft und gewertet bzw. umgesetzt. Es sind keine Änderungen an der Planung veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 9 / Nein: 4 / Anwesend: 13 / persönlich beteiligt:</p>	
zu 3	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth H. Schiefer	28.05.20	<p>Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nimmt bezugnehmend zur Stellungnahme vom 18.02.2020 und zur Stellungnahme vom 13.05.2020 zu oben aufgeführten Planungen wie folgt Stellung:</p> <p>Bereich Landwirtschaft: Mit Email vom 19.05.2020 wurde der Ausgleichsmaßnahmenplan</p>	

		<p>1920.5 (Anlage 6) nachgereicht und die Begründung unter 2.10.4 (externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) mit Flächenidentifikation vervollständigt. Nunmehr wird mit einer externen Ausgleichsfläche auf der Fl.Nr. 1000 in der Gemarkung Steinbach der Eingriff kompensiert.</p> <p>Hier ist anzumerken, dass agrarstrukturelle Belange betroffen sind. Nach § 15 Abs. 3 BNatSchG vom 29.07.2009 gilt:</p> <p>Bei Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen. Eine Prüfung der vorgeschlagenen Fläche(n) ergab aus landwirtschaftlich-fachlicher Sicht folgendes:</p> <p>Gemarkung Steinbach, Flurnummer 1000, landwirtschaftlich genutztes Ackerland im Umfang von 4,89 ha und Dauergrünland im Umfang von 0,37 ha. Bodenart: sL4V 53/53</p>	
		<p>Die Fläche befindet sich damit weit über den durchschnittlichen Acker- und Grünlandzahlen des Landkreises Fürth (Ackerzahl von 44 und Grünlandzahl von 46) und ist deshalb aus landwirtschaftlicher Sicht als Ausgleichsfläche <u>nicht</u> geeignet. Flächen mit überdurchschnittlicher Bodenbonität und damit hoher natürlicher Ertragsfähigkeit sollten als Tauschflächen für geeignete Ausgleichsflächen angeboten werden.</p> <p>Darüber hinaus befindet sich in der nördlichen Ecke der Fl.Nr. 1000 eine bestehende Güllelagerstätte, die aktiv von Familie Federlein genutzt wird und Bestandteil einer einzelbetrieblichen Investitionsförderung ist.</p> <p>Bereich Forsten: Waldflächen i.S.d. §2 Bundeswaldgesetz (BWaldG) i.V.m. Art. 2 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) sind durch die o.g. Planung nicht betroffen. Aus forstlicher Sicht bestehen daher gegen die aktuelle Planung keine Einwendungen. Sollte im Rahmen der weiteren Planung Ausgleichsmaßnahmen im Wald vorgesehen werden, bitten wir darum, diese mit uns abzusprechen.</p>	<p>Die agrarstrukturellen Belange wurden sehr wohl bedacht und mit den naturschutzfachlichen Zielen abgewogen.</p> <p>Letztlich fiel die Entscheidung auf diese Fläche, da</p> <p>a) die Lage in direkter Nähe zum Eingriffsort steht und den vielversprechendsten Erfolg für die CEF-Maßnahmen für die Feldlerche gewährleistet und</p> <p>b) es sich bei den Blühstreifen nicht um Ausgleichsmaßnahmen handelt, die landwirtschaftliche Fläche entziehen, sondern um produktionsintegrierte Maßnahmen. Es lag gerade im Interesse des Grundstückseigentümers der Ausgleichsfläche, Blühstreifen innerhalb der intensiv genutzten Feldflur anzulegen, um so Lebensraum für Nützlinge zu schaffen und den natürlichen Pflanzschutz zu unterstützen, jedoch keine Umwandlung von Acker- zu Dauergrünland. Deshalb ist die Lage der Blühstreifen auf jeweils max. 5 Jahre begrenzt und wandert gem. Ausgleichsmaßnahmenplan innerhalb dieser Flurnummer.</p> <p>Diese ökologische Bewirtschaftungsweise wird erfreu-</p>

			Um Abdruck des Abwägungsergebnisses unter Angabe des Aktenzeichens an poststelle@aelf-fu.bayern.de wird gebeten.	<p>licherweise vom Grundstückseigentümer und Landwirt aktiv unterstützt werden.</p> <p>Die Kulissen für die wandernden Blühstreifen werden an die bestehende Güllelagerstätte angepasst, so dass es zu keiner Kollision mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung kommt.</p> <p>Das Abwägungsergebnis wird an das AELF versandt.</p>
			<p>Beschluss: Die Einwände des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth wurden gewertet und abgewogen. Danach sind an der vorliegenden Entwurfsfassung keine Änderungen veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 16 / Nein: 5 / Anwesend: 22 / persönlich beteiligt: 1</p>	

zu 3	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Fürth H. Schiefer	14.07.20	<p>Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nimmt bezugnehmend zu unseren Stellungnahmen vom 18.02.2020 und 28.05.2020 zu oben aufgeführten Planungen wie folgt Stellung:</p> <p>Bereich Landwirtschaft: In der vorliegenden Planung wurde uns betreffend auf der externen Ausgleichsfläche Fl.Nr. 1000 die bestehende bauliche Anlage (Güllelagerstätte) korrigiert. Weiterhin wurden die Ausgleichsmaßnahmen (Streifenbreite im Entwicklungskonzept) angepasst. Dies nehmen wir zur Kenntnis.</p> <p>Ansonsten bleiben unsere Bedenken aus den früheren Stellungnahmen bestehen. Wir verweisen deshalb auf diese Ausführungen.</p> <p>Bereich Forsten: Waldflächen i.S.d. §2 Bundeswaldgesetz (BWaldG) i.V.m. Art. 2 Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) sind durch die o.g. Planung nicht betroffen. Aus forstlicher Sicht bestehen daher gegen die aktuelle Planung keine Einwendungen. Sollte im Rahmen der weiteren Planung Ausgleichsmaßnahmen im Wald vorgesehen werden, bitten wir darum, diese mit uns abzusprechen.</p>	<p>Da sich an den Äußerung des AELF nichts ändert, bleibt auch die planerische Stellungnahme unverändert bestehen:</p> <p>Die agrarstrukturellen Belange wurden sehr wohl beachtet und mit den naturschutzfachlichen Zielen abgewogen. Letztlich fiel die Entscheidung auf diese Fläche, da</p> <p>a) die Lage in direkter Nähe zum Eingriffsort steht und den vielversprechendsten Erfolg für die CEF-Maßnahmen für die Feldlerche gewährleistet und</p> <p>b) es sich bei den Blühstreifen nicht um Ausgleichsmaßnahmen handelt, die landwirtschaftliche Fläche entziehen, sondern um produktionsintegrierte Maßnahmen. Es lag gerade im Interesse des Grundstückseigentümers der Ausgleichsfläche, Blühstreifen innerhalb der intensiv genutzten Feldflur anzulegen, um so Lebensraum für Nützlinge zu schaffen und den natürlichen Pflanzschutz zu unterstützen, jedoch keine Umwandlung von Acker- zu Dauergrünland. Diese ökologische Bewirtschaftungsweise wird erfreu-</p>
-------------	--	-----------------	---	--

		<p>digungszahlungen geleistet werden</p> <p>4. Gewässerschutzstreifen An der westlichen Grenze des Flurstücks Nr. 681/9 besteht ein fließendes Gewässer. Seit dem Naturschutzgesetz (Bienengesetz, 01.08.2019) muss ein Streifen von fünf Metern ab Gewässeroberkante als Grünland bewirtschaftet werden. Das wäre eine Fläche von (600 m x 5 m) 3000m², welche nicht bebaut oder verplant werden darf.</p> <p>5. Artenschutzprüfung Eine Artenschutzprüfung ist zu erstellen. Durch die Einzäunung und Umnutzung zum Solarfeld von Flurnummer 681/9 wird den im gesamten Gewanne lebenden Tieren (Rehe, Kiebitze, Hasen, Rebhühner, Füchse usw.) der Zugang zum Bachlauf und damit zum lebenswichtigen Wasser verwehrt. Die gesamte Tierwelt in diesem Gewanne ist aber vom Bachlauf abhängig.</p> <p>Außerdem ist zu beachten, dass ich die Fläche (Flurnummer 681/9) die letzten fünf Jahre biologisch als extensives Ackerland bewirtschaftet habe, so konnte sich eine artenreiche Tierwelt ansiedeln. Ein hoher Amphibienanteil am Bachlauf (verschiedene Froscharten, Kröten, Blindschleichen und Eidechsen) ist hier erwähnenswert. Auch die Insektenvielfalt ist durch das Bewirtschaftungssystem des täglichen Grünfütterholens enorm. Bei diesem System wird so geerntet, dass immer ein gewisser Flächenanteil stehen bleibt und Lebensraum für Insekten und Tiere bietet (siehe Luftbild)</p> <p>6 Umweltverträglichkeitsprüfung Wir bewirtschaften das Nachbargrundstück Flurnummer 1400 biologisch, was gerade in Bezug auf den Umgang mit Beikräutern noch immer Handarbeit bedeutet. So sind wir bei der Arbeit den elektrischen Feldern des Solarparks ausgeliefert. Durch die kernlosen Solarwechselrichter sind die Wechselspannungen, das heißt auch die elektrischen Felder, bis zu den Modulen vorhanden. Ein Abstand von 50 Metern zwischen den Modulen und meinem Grundstück wird gefordert. Noch stärker strahlen die einzelnen Übergabestationen, diese müssen mindestens 100 Meter Abstand zu meinem Flurstück (z.B. Standort: Feldmitte) haben.</p> <p>Auch die verbauten Schwermetalle wie Cadmium (Module) und Blei</p>	<p>Mit dem 2,5 m nicht eingefriedeten Grünstreifen zur Eingrünung der PV-Anlage und dem bereits auf der Fl.Nr. 681/2 bestehenden Uferrandstreifen werden die Zielsetzungen des § 38 WHG umgesetzt.</p> <p>Der Einwand, dass die vorgenommene artenschutzrechtliche Prüfung im vorgelegten Umfang nicht ausreicht und vertieft durch einen Biologen durchzuführen sei wurde berücksichtigt. Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde mittlerweile bereits durch den auf Freiflächen-Photovoltaikanlagen spezialisierten Biologen Herrn Dr. Schlumprecht in einem „worst-case“-Szenario durchgeführt und in die Entwurfsfassung aufgenommen.</p> <p>Bei der Erzeugung von Gleichstrom in den PV-Modulen entsteht keine elektromagnetische Spannung, die selbst in einigen Dezimetern Entfernung noch messbar wäre. Dieser Gleichstrom wird in den Wechselrichtern in Wechselstrom umgewandelt und den vier Trafostationen zugeleitet. Von dort wird der Strom in geschützten 50-Hertz-Niedrigfrequenzkabeln -wie sie auch im Siedlungsbau (Hausanschlüsse) verwendet werden - zur Einspeisestation geleitet. Es werden in der gesamten PV-Anlage ausschließlich zertifizierte Baukomponenten verwendet, die der EU-Konformitätserklärung und damit den Normen 2014/35/EU „Richtlinie über elektrische Betriebsmittel zur Verwendung bestimmter Spannungsgrenzen“ und 2014/30/EU „Richtlinie über</p>
--	--	---	---

		<p>(Lötverbindungen, Wechselrichter, Leitungen) haben Folgen für Natur und Umwelt. Der Boden, die Oberflächenwasser und damit das fließende Gewässer, welches zu der Weiherkette Richtung Vogtsreichenbach führt, sowie das Grundwasser werden verunreinigt. Eine Anreicherung von Schwermetallen ist auch in meinem Boden (Flurstück 1400) zu befürchten, dies wäre auch aufgrund meiner Bewässerungsbrunnen problematisch.</p> <p>Der Aufwuchs des Flurstücks 681/9 muss abgefahren werden, da beim Mulchen dieser Mengen an Aufwuchs eine Nitratanreicherung im Grundwasser stattfindet.</p> <p>7. Entsorgung Im Bebauungsplan wird vermerkt, dass ein Rückbau bzw. die Entsorgung des Solarmülls privatrechtlich zu klären ist. Wo liegt dann hier die konkrete Verantwortlichkeit? Wer kümmert sich um eine ordnungsgemäße Entsorgung?</p> <p>8. Kompensationsbedarf Ausgangszustand: Flurnummer 681/9. wird seit fast fünf Jahre lang biologisch bewirtschaftet, also als extensives Ackerland mit seltener Segetalvegetation (A13). Das bedeutet neun Grundwertpunkte (eventuell noch einen Zusatzpunkt wegen Luzerne Klee gras Anbau). > <i>eingefügte Berechnungstabelle nicht eingefügt, da überholt!</i> Das ergibt einen Kompensationsbedarf von insges. 271.895,4 WP.</p>	<p>elektromagnetische Verträglichkeit“ entsprechen.</p> <p>Eine Schwermetallbelastung entsteht weder von den Aufständungen, noch durch die Solarmodule oder geschützten Leitungen. Die Befürchtungen von Herrn Meyer sind somit unbegründet.</p> <p>Der Aufwuchs der düng- und pestizidfreien Extensivwiese wird nach Vorgaben der Unteren Naturschutzbehörde zweimal jährlich gemäht, abgeräumt und interessierten Landwirten als Futter zur Verfügung gestellt.</p> <p>Der rückstandslose Rückbau der Solaranlage ist im Durchführungsvertrag zwischen dem Markt Cadolzburg und dem Anlagenbetreiber verankert. Der Steuerzahler wird in keiner Weise an den Kosten beteiligt. Im Übrigen werden kristalline Solarmodule, die fast ausschließlich aus den Baustoffen Aluminium, Glas und Silizium bestehen und die vollständig recycelt werden. Der Wert der wiedergewonnenen Rohstoffe übersteigt die Kosten des Rückbaus bei weitem. Auch bei der Befestigung der Trägerkonstruktion wird auf Beton und andere Hilfsstoffe verzichtet, sondern ausschließlich gerammt. Damit ist gewährleistet, dass die Fläche nach Ablauf der Betriebsdauer ohne jegliche stoffliche Belastung in die landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden.</p> <p>Die Diskussion um die Einstufung des Bestands in die Biotop- und Nutzungstypen nach der BayKompV erübrigt sich, da der naturschutzrechtliche Ausgleich nun nach dem „Leitfaden“ ermittelt wird.</p> <p>dito</p>
--	--	---	--

		<p>9. Kompensationsumfang: <i>> eingefügte Berechnungstabelle nicht eingefügt, da überholt!</i> Es ergibt sich ein zusätzlicher Kompensationsbedarf von 42.354 WP</p> <p>10. Fazit Die Planung für den Solarpark ist in den aufgezählten Punkten nur mangelhaft ausgearbeitet. Es wird eine an den Gesetzen orientierte, umfangreiche Nachbearbeitung und Verbesserung gefordert. Außerdem möchte ich erwähnen, dass nach dem Staatsministerium für erneuerbare Energien (München, Erneuerbares Energien Gesetz EEG) Solarparks nur in benachteiligten Gebieten, oder an Zugstrecken und Autobahnen errichtet werden sollen.</p>	<p>Die Nachbesserungen hinsichtlich der saP sowie der Eingriffsregelung wurden durchgeführt.</p> <p>Nahezu jegliche Baumaßnahme greift im Flächenbedarf unvermeidbar auf landwirtschaftliche Flächen zu. Der Zugriff auf den Geltungsbereich ist in der Gesamt abwägung aller Interessen (Förderung regenerativer Energien und zeitnahe Verfolgung der Klimaziele versus Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte) angemessen und gerechtfertigt, zumal andere vorbelastete Flächen an Bahnlinien, Autobahnen oder Konversionsflächen fehlen und hier eine Vorbelastung durch die Nähe der 380-kV-Leitung gegeben ist.</p>
		<p>Beschluss: Die Einwendungen und Hinweise des privaten Einwenders Nr. 3 wurden zur Kenntnis genommen, geprüft, gewertet und wie erläutert berücksichtigt. Danach sind keine weiteren Änderungen an der Planung veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 8 / Nein: 5 / Anwesend: 13 / persönlich beteiligt:</p>	

<p>zu 4</p>	<p>Privater Einwender Nr. 3</p>	<p>17.05.20</p>	<p>Hiermit erhebe ich <u>Einspruch</u> auf Basis meiner Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ (Freiflächen-Photovoltaikanlage Cadolzburg Süd-West) sowie 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren §8 Abs. 3. BauGB</p> <p>(Seite 2 -Inhaltsverzeichnis)</p> <p>1. Begründung des Einspruchs Die Erläuterungen von Seiten des Bauamts, betreffend meine Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ (Freiflächen-Photovoltaikanlage Cadolzburg Süd-West) sowie der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren § 8 Abs. 3 Bau GB (nachzulesen im Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Marktgemeinderates am 23.03.2020) waren leider nicht zufriedenstellend und zum Teil unvollständig. Befürchtungen meinerseits bestehen weiter. Außerdem wurden Details nicht konkret beantwortet. Zudem wird die Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung als unzureichend betrachtet. Daher möchte ich mit diesem Schreiben auf Basis meiner Stellungnahme Einspruch einheben zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ (Freiflächen-Photovoltaikanlage Cadolzburg Süd-West) sowie der 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren § 8 Abs. 3 BauGB</p> <p>2. Zufahrtsweg Unabhängig von dem von Ihnen erwähnten „Durchführungsvertrag zwischen dem Markt Cadolzburg und dem Maßnahmenträger“ (vgl. Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Marktgemeinderates am 23.03.2020, S.9) bleibt bestehen, dass der Flurweg im Norden als Zufahrt für die Solaranlage ungeeignet ist. Er dient laut Ausbauplan der Flurbereinigung als ausgebauter Grünweg und ist nicht für LKW – und Baumaschinen ausgelegt ist. Er ist zu schmal und der Unterbau zu gering, um schweres Gefährt tragen zu können. Ein Ausbau müsste erst erfolgen.</p> <p>3. Heckengrenze Der von Ihnen beschriebene Abstand von 2 Metern ist in diesem Fall</p>	<p>Der Einwand, dass die vorgenommene artenschutzrechtliche Prüfung im vorgelegten Umfang nicht ausreichend und vertieft durch einen Biologen durchzuführen sei wurde berücksichtigt. Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde mittlerweile bereits durch den auf Freiflächen-Photovoltaikanlagen spezialisierten Biologen Herrn Dr. Schlumprecht in einem „worst-case“-Szenario durchgeführt und in die Entwurfsfassung aufgenommen. Die daraus resultierenden CEF-Maßnahmen werden umgesetzt.</p> <p>Die Schaffung und Wiederherstellung der Zufahrtswege obliegt gem. Durchführungsvertrag dem Vorhabenträger.</p> <p>Das Pflanzkonzept sieht Einzelsträucher und</p>
-------------	--	-----------------	---	---

		<p>zu wenig. Hecken haben üblicherweise einen Auswuchs von 1 ½ bis 2 Metern, außerdem müsste die Heckenpflege auch von der Seite meines Grundstücks erfolgen. Unter Einberechnung des Auswuchses und des Platzes den Maschinen für die Heckenpflege brauchen gilt somit, dass die geplante Hecke an meiner Grundstücksgrenze (zu Flurnummer 1400) eine Wertminderung darstellt. Bei der Bepflanzung muss ein Abstand von 10 Metern zu meinem Grundstück gehalten werden, ansonsten müsste ich eine Ausgleichsfläche für die Wertminderung erhalten. Diese muss am Flurstück Nr. 1400 abgefunden werden. Ein naturnaher Gräser-Krautsaum wird gerade aus Sicht eines biologisch arbeitenden Landwirtes natürlich begrüßt, trotzdem müssen hier Abstände angepasst werden.</p> <p>4. Drainagenetz Aus Erfahrung wissen wir, dass das Reparieren von Drainagen sich oft als schwierig gestaltet. Ich sehe hier leider die Gefahr, dass mein Grundstück dauerhaft und während der Bauarbeiten zu nass wird und möchte deswegen ein funktionierendes Drainagenetz, vor Beginn der Baumaßnahmen, um Ernteauffälle zu verhindern. Daher bleibt bestehen: Durch die Grabungsarbeiten für Fundamente und Leitungen werden die gesamten Drainagen vom Flurstück Nr. 1400 und Nr. 1401 zerstört. Zurzeit laufen die Drainagen in das fließende Gewässer am westlichen und südlichen Rand aus. Hier wird das gesamte Gewanne entwässert. Ein komplett neues Drainagenetz müsste also erstellt werden. Das muss nach der Haupternte und vor den Baumaßnahmen erfolgen. Die Kosten dafür müssen übernommen und Entschädigungszahlungen geleistet werden.</p> <p>5. Gewässerschutzstreifen Nach Art. 16 Nr. 3 des Gesetzesentwurfs zum Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ (gültig seit August 2019) ist es verboten „entlang natürlicher oder naturnaher Bereiche fließender oder stehender Gewässer, ausgenommen künstliche Gewässer im Sinne von § 3 Nr. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes und Be- und Entwässerungsgräben im Sinne von Art. 1 des Bayerischen Wassergesetzes, in einer Breite von mindestens 5 m von der Uferlinie diese garten- oder ackerbaulich zu nutzen (Gewässerrandstreifen)“ (Gesetzesentwurf des Volksbegehrens mit Begründung vom 18.04.2019, S. 5).</p>	<p>unterbrochene Strauchreihen vor. Die Sträucher werden durch den Regiebetrieb des Vorhabenträgers auf max. 2 m Höhe gehalten und entsprechen somit dem Nachbarschaftsrecht. Die Pflegemaßnahmen erfolgen in Handarbeit vom eigenen Grundstückstreifen aus. Es kommt weder zu einer Betretung des Nachbargrundstücks, noch zu einer Ertragsminderung aufgrund des Schattenwurfs. Ein Wertminderungsausgleich ist somit nicht ableitbar.</p> <p>Die Wiederherstellung eines funktionsfähigen neuen Drainagesammlers, der in wenigen Tagen im Zuge der Stromleitungstrasse entlang der östlichen Grundstücksgrenze erstellt wird ist in der Satzung unter Pkt. 1.5 festgesetzt. Die Ausführung dieser Arbeiten ist im Herbst 2020 nach der Haupternte vorgesehen. Die Kosten hierfür trägt der Vorhabenträger. Entschädigungsleistungen lassen sich von diesen Maßnahmen jedoch nicht ableiten.</p> <p>Diese Hinweise sind sämtlich zutreffend. Der V+E-Plan sieht entlang des kleinen Fließgewässers weder eine garten-, noch eine ackerbauliche Nutzung vor. Vielmehr wird der bestehende schmale Uferstreifen durch die Entwicklung einer Extensivwiese In seiner ökologischen Wirkung optimiert. Die entsprechende Abstimmung mit dem WWA Nürnberg ist erfolgt.</p>
--	--	---	--

		<p>Deshalb bleibt wie folgt bestehen: An der westlichen Grenze des Flurstücks Nr. 681/9 besteht ein fließendes Gewässer. Seit dem Naturschutzgesetz (Bienengesetz) muss ein Streifen von 5 Metern ab Gewässeroberkante als Grünland bewirtschaftet werden. Das wäre eine Fläche von (600m x 5m) 3.000m², welche nicht bebaut oder verplant werden darf.</p> <p>6. Artenschutzprüfung Eine Spezielle Artenschutzprüfung wurde nun durchgeführt und liegt vor. Leider ist hier erhebliche Nachbesserung erforderlich und bestimmte Angaben nicht richtig.</p> <p>1. „Weitere Vogelarten der offenen Feldflur, wie Kiebitz oder Rebhuhn, sind für die Planungsfläche nicht plausibel herleitbar, aufgrund der intensiven Nutzung als Acker, der Bodenfeuchte, und der Strukturarmut der Planungsfläche.“ (Spezielle Artenschutzrechtliche Prüfung, SAP, S.5)</p> <p>Die beschriebene Fläche (Flurnummer 681/9) wurde die letzten fünf Jahre biologisch als <u>extensives Ackerland</u> bewirtschaftet, so konnte sich eine artenreiche Tierwelt ansiedeln, nicht zuletzt unterstützt durch Bewirtschaftungssystem des täglichen Grünfütterholens. Bei diesem System wird so geerntet, dass immer ein gewisser Flächenanteil stehen bleibt und Lebensraum für Insekten und Tiere bietet. Die Beschreibung einer intensiven Nutzung der Fläche als Acker ist demnach nicht korrekt.</p> <p>2. „In der Umgebung (Westlich und südöstlich) sind Kleinstrukturen für das Rebhuhn vorhanden (Säume, Raine oder Ähnliches entlang Feldweg südlich der PV-Anlage, westlich von ihr eine kleine Gebüschstruktur), hier ist ein Brutplatz von Rebhühnern (und auch Nahrungsgebiet) möglich (und nach Angaben von Herrn Ellinger einem ortsansässigen Jäger auch bekannt).“ (ebd.)</p> <p>Das Rebhuhn steht in ganz Deutschland und auch explizit in Bayern auf der roten Liste und gilt als stark gefährdet. Offenkundig befindet sich ein Brutplatz dieser Tiere in unmittelbarer Nähe. Deren konkrete Gewohnheiten und Nahrungsgebiete wurden im Rahmen der saP nicht untersucht oder beobachtet, da das Gutachten lediglich auf Basis des „ermittelten Habitatpotenzials“ (ebd. S.1) und einer Begeh-</p>	<p>Die artenschutzrechtliche Bewertung erfolgte durch einen auf Freiflächen-PV-Anlagen spezialisierten Biologen und wurde von der Unteren Naturschutzbehörde ausdrücklich bestätigt. Die Einschätzung der Lebensraumansprüche des Kiebitz sind zutreffend.</p> <p>Die ökologischen Vorzüge der bisherigen Bewirtschaftungsart stehen außer Frage. Dennoch handelt es sich definitionsgemäß um eine Ackerfläche</p> <p>Das Rebhuhn wird ausdrücklich erwähnt. Es hat seinen Lebensraum jedoch in der benachbarten Gehölzstruktur. Nach Durchführung der nur kurzen Bauzeit wird die Fläche gerade für das Rebhuhn optimiert.</p> <p>Aufgrund des Erhebungszeitraums wurde die saP in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden im sog. „worst-case-Szenario“ erstellt, um nicht wertvolle Monate in der Umsetzung zu verlieren. Wie der Name</p>
--	--	--	--

		<p>ung im „Februar 2020, welche für eine Durchführung von Artenerhebungen von Vogelarten zu früh war“ (ebd.) abgeschätzt wurde. Hier wird eine Nachbesserung anhand einer Beobachtung über eine komplette Vegetationsperiode gefordert. Jegliche Beeinträchtigung des Rebhuhns durch das Bauvorhaben sollte ausgeschlossen werden. Rebhühner wurden zum Beispiel auch schon häufig direkt auf der beschriebenen Fläche bei der Nahrungssuche beobachtet. Eine Nachbesserung der saP durch Beobachtung der Flächen über einen gesamten Vegetationszeitraum ist aber nicht nur im Sinne des Rebhuhns, sondern auch aller weiteren Tier- und Pflanzenarten durchzuführen.</p> <p>7. Umweltverträglichkeitsprüfung Meine Befürchtungen die Punkte a) und b) betreffend bleiben trotz ihrer Erläuterungen bestehen. Somit bleibt auch die Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen. Punkt c) wurde im Vergleich zur Stellungnahme herausgenommen. Das Verfahren zum Mähen und Abtransportieren des Aufwuchses wurde im Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Marktgemeinderates am 23.03.2020 beschrieben. Hier gilt es bei der Planung dann entsprechende Wendemöglichkeiten für Ladewagen usw. zu Mähen und Abholen des Aufwuchses (ca. 15 Meter links und rechts) zu berücksichtigen. Wenn das wie beschrieben zuverlässig durchgeführt wird, wäre hier keine übermäßige Nitratbelastung des Bodens zu befürchten.</p> <p>a) Wir bewirtschaften das Nachbargrundstück Flurnummer 1400 biologisch, was gerade in Bezug auf dem Umgang mit Beikräutern noch immer Handarbeit bedeutet. So sind wir bei der Arbeit den elektrischen Feldern des Solarparks ausgeliefert. Durch die kernlosen Solarwechselrichter sind die Wechselspannungen, das heißt auch die elektrischen Felder, bis zu den Modulen vorhanden. Ein Abstand von 50 Metern zwischen den Modulen und meinem Grundstück wird gefordert. Noch stärker strahlen die einzelnen Übergabestationen, diese müssen mindestens 100 Meter Abstand zu meinem Flurstück (z.B. Standort: Feldmitte) haben.</p>	<p>schon sagt, wird hier vom schlechtesten Fall (= größte Populationsdichte) ausgegangen. Eine standardmäßige Artenerhebung hätte mit Sicherheit zu geringeren Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geführt.</p> <p>Gemäß Anlage 1 zum Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVPG) ist keine Plan-UVP erforderlich. Die Umweltbelange werden im Umweltbericht und der saP behandelt. Die Bewirtschaftungsart ist in Pkt. 3.1 der Satzung festgesetzt. Die Ausführung erfolgt mit Kleingeräten durch den eigenen Regiebetrieb des Vorhabenträgers oder ggf. durch Schafbeweidung. Das Mähgut wird abgeräumt und als Viehfutter verwertet. Hierfür liegen bereits verschiedenen Anfragen von Landwirten vor.</p> <p>Diese Befürchtungen sind unbegründet: Bei der Erzeugung von Gleichstrom in den PV-Modulen entsteht keine elektromagnetische Spannung, die selbst in einigen Dezimetern Entfernung noch messbar wäre. Dieser Gleichstrom wird in den Wechselrichtern in Wechselstrom umgewandelt und den vier Trafostationen zugeleitet. Von dort wird der Strom in geschützten 50-Hertz-Niedrigfrequenzkabeln -wie sie auch im Siedlungsbau (Hausanschlüsse) verwendet werden - zur Einspeisestation geleitet. Es werden in der gesamten PV-Anlage ausschließlich zertifizierte Baukomponenten verwendet, die der EU-Konformi-</p>
--	--	---	---

			<p>b) Auch die verbauten Schwermetalle wie Cadmium (Module) und Blei (Lötverbindungen, Wechselrichter) haben Folgen für Natur und Umwelt. Der Boden, die Oberflächenwasser und damit das fließende Gewässer, welches zu der Weiherkette Richtung Vogtsreichenbach führt, sowie das Grundwasser werden verunreinigt. Eine Anreicherung von Schwermetallen ist auch in meinem Boden (Flurstück 1400) zu befürchten, dies wäre auch aufgrund meiner Bewässerungsbrunnen problematisch.</p> <p>8. Entsorgung Ihren Angaben zu Folge ist der rückstandslose Rückbau vertraglich mit dem Anlagebetreiber geregelt. Was geschieht hier, wenn Anlagenbetreiber wechseln? Die Sicherheit des Rückbaus muss auch dann bestehen bleiben! Auch muss sichergestellt werden (vertraglich geregelt), dass beim Rückbau verlegte Leitungen und Kleinteile nicht vergessen werden.</p> <p>9. Kompensationsbedarf In den öffentlich zugänglichen Plänen wurden keine Angaben (Standort, Maßnahmen...) zur konkret geplanten Ausgleichsfläche gefunden. Die Planung ist deshalb nicht vollständig und muss um konkrete Informationen zur Ausgleichsfläche ergänzt werden. Es wird gefordert, dahingehend genaue Planungen öffentlich auszuschreiben und dementsprechende Fristen zu verlängern.</p> <p>Nach dem Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen liegt der Kompensationsfaktor zur Berechnung zwischen 0,2 und 0,5 (S. 9). Der Bund Naturschutz</p>	<p>täterklärung und damit den Normen 2014/35/EU „Richtlinie über elektrische Betriebsmittel zur Verwendung bestimmter Spannungsgrenzen“ und 2014/30/EU „Richtlinie über elektromagnetische Verträglichkeit“ entsprechen.</p> <p>Eine Schwermetallbelastung entsteht weder von den Aufständungen, noch durch die Solarmodule oder geschützten Leitungen. Die Befürchtungen sind somit unbegründet.</p> <p>Der rückstandslose Rückbau der Solaranlage ist im Durchführungsvertrag zwischen dem Markt Cadolzburg und dem Anlagenbetreiber verankert. Bei einem Betreiberwechsel geht die Rückbaupflicht auf den Rechtsnachfolger über. Zudem wird für diese Rückbaukosten eine Bürgschaft hinterlegt. Im Übrigen werden kristalline Solarmodule, die fast ausschließlich aus den Baustoffen Aluminium, Glas und Silizium bestehen und die vollständig recycelt werden. Der Wert der wiedergewonnenen Rohstoffe übersteigt die Kosten des Rückbaus bei weitem. Auch bei der Befestigung der Trägerkonstruktion wird auf Beton und andere Hilfsstoffe verzichtet, sondern ausschließlich gerammt. Damit ist gewährleistet, dass die Fläche nach Ablauf der Betriebsdauer ohne jegliche stoffliche Belastung in die landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden.</p> <p>Die konkreten Ausgleichsmaßnahmen wurden bedingt durch den methodischen Wechsel bei der Eingriffsermittlung nachgereicht. Dies wurde ortsüblich im Marktblatt bekanntgemacht. Die Auslegungsfrist wurde bis 12.06.2020 verlängert.</p>
--	--	--	---	---

		<p>fordert im hier geplanten Bauvorhaben mindestens den Faktor 0,4 anzuwenden. Mir fehlen allerdings konkrete Tabellen und Informationen zu einer solchen Einstufung. Ob nach Leitfaden oder Punkte-modell, es muss ein ausreichender Ausgleich erfolgen! Deshalb bleiben meine Forderungen bestehen.</p> <p>Ausgangszustand: Flurnummer 681/9 wird seit fast fünf Jahre lang biologisch bewirtschaftet, also als extensives Ackerland mit seltener Segetalvegetation (A13). Das bedeutet neun Grundwertpunkte (eventuell noch einen Zusatzpunkt wegen Luzerne Klee-gras Anbau). Das ergibt einen Kompensationsbedarf von insgesamt 271.895,4 WP</p> <p>10. Kompensationsumfang: Es ergibt sich ein zusätzlicher Kompensationsbedarf von 42.354 WP.</p> <p>11. Fazit Nach wie vor sind die Planungen für den Solarpark, in den aufgezählten Punkten nur mangelhaft ausgearbeitet. Es wird eine umfangreiche Nachbearbeitung und Verbesserung gefordert. Gegen die momentane Planung wird somit Einspruch eingelegt.</p> <p>Die Abwägung zwischen der Förderung regenerativer Energien in der Region und einer regionalen und biologischen Erzeugung von Lebensmitteln im bäuerlichen Familienbetrieb ist sicher komplex und nicht einfach. Verschiedenste Interessen spielen hierbei eine Rolle, worauf einzugehen hier nicht der Platz ist. Bei einem so drastischen Einschnitt in die Natur, den Lebensraum von Tier- und Pflanzenarten und letztendlich auch des Menschen, wie er hier geplant wird, ist aber vor allem eine sorgfältige, detaillierte Planung unter Einbezug aller Beteiligten unabdingbar.</p>	<p>Diese Forderungen sind erfüllt. Die Eingriffsermittlung wurde nach dem genannten Praxisleitfaden erstellt und durch die UNB geprüft.</p> <p>Der erforderliche Ausgleich ist notarvertraglich durch dingliche Sicherung sichergestellt.</p> <p>Bei Anwendung des Leitfadens ist eine Diskussion um Nutzungstypen und Wertpunkte hinfällig.</p> <p>dito</p> <p>Diese Einschätzung ist aufgrund der vorstehenden planerischen Stellungnahmen nicht zutreffend.</p>
		<p>Beschluss: Die Einwendungen und Hinweise des privaten Einwenders Nr. 3 wurden zur Kenntnis genommen, geprüft, gewertet und wie erläutert berücksichtigt. Es sind an der vorliegenden Entwurfsfassung keine Änderungen veranlasst.</p> <p>Beschlossen Ja: 16 / Nein: 5 / Anwesend: 22 / persönlich beteiligt: 1</p>	

<p>zu 4</p>	<p>Privater Einwender Nr. 3</p>	<p>13.07.20</p>	<p>Hiermit erhebe ich <u>Einspruch</u> auf Basis meiner Stellungnahme zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 53 „Solarpark Cadolzburg“ (Freiflächen-Photovoltaikanlage Cadolzburg Süd-West) sowie 33. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren §8 Abs. 3. BauGB in Bezugnahme auf die Fassung vom 25.06.2020.</p> <p>1. Begründung des Einspruchs Nach Sichtung Ihrer Stellungnahme mein Einspruchsschreiben betreffend und einem persönlichen Telefonat mit Herrn Ellinger, in welchem vor allem die Punkte Ausbau des Zufahrtsweges, Heckengrenze und Drainagenetz besprochen wurden, bleiben die im Folgenden schriftlich fixierten Anliegen meines Einspruchs zu beachten. Gerne bin ich bereit mit Herrn Ellinger und Herrn Opiel von der Firma Solarpowerin einer Feldbegehung vor Ort die genannten Punkte konkret zu besprechen.</p> <p>2. Zufahrtsweg Wie mehrmals angesprochen muss der Ausbau des Zufahrtsweges vor Baubeginn erfolgen. Im Moment ist dieser Weg nicht fähig, schweres Gerät zu tragen. Eine spätere Aufschotterung ist keine Option (siehe am Beispiel des Wasserbehälterbaus Cadolzburg). Wichtig ist außerdem, der Weg darf bei den Baumaßnahmen nicht höher werden, sondern sollte einen neuen Unterbau bekommen. Ansonsten ist das Auffahren auf den Weg von den Ackerflächen aus nicht mehr möglich.</p> <p>3. Heckengrenze Die Heckenhöhe darf hier maximal bei zwei Metern liegen. Des Weiteren: bleibt ein Abstand von lediglich zwei Metern zu meinem Grundstück bestehen, muss es sich um eine durchgängige Hecke handeln, um Samenflug zu vermeiden. Zur Auflockerung könnten hier Gehölze wie Buche, Haselnuss und Schlehen verwendet werden.</p>	<p>Die Schaffung und Wiederherstellung der Zufahrtswege obliegt gem. Durchführungsvertrag dem Vorhabenträger. Vor Baubeginn erfolgt eine Zustandsfeststellung, aufgrund der die Maßnahmen zur Wegeertüchtigung entschieden werden. Die Zufahrtswege werden nach der Bautätigkeit in Breite und Höhenlage gleichwertig, im Unterbau verbessert wiederhergestellt.</p> <p>Das Pflanzkonzept sieht Einzelsträucher und unterbrochene Strauchreihen vor. Die Sträucher werden durch den Regiebetrieb des Vorhabenträgers auf max. 2 m Höhe gehalten und entsprechen somit dem Nachbarschaftsrecht. Die Pflegemaßnahmen erfolgen in Handarbeit vom eigenen Grundstückstreifen aus. Es kommt weder zu einer Betretung des Nachbargrundstücks, noch zu einer Ertragsminderung aufgrund des Schattenwurfs. Die vorgeschlagenen Gehölze würden den vorgenannten Vorgaben aufgrund ihrer Wuchsstärke widersprechen.</p>
-------------	---------------------------------	-----------------	---	---